

# nachrichten

## Frauen und Arbeit

Nik Aziz Nik Mat, Ministerpräsident von Kelantan und geistiger Führer der oppositionellen PAS, hat auf der am 18. Februar 2002 abgehaltenen Abgeordnetenversammlung ausgesagt, dass es keiner Frau verboten sei zu arbeiten, und dass jede Frau im Staate auf ihre Weise schön ist. Diese Äußerung bezieht sich auf seinen vielfach auf Kritik gestoßenen Vorschlag des letzten Jahres, weniger attraktive Frauen für Verwaltungsarbeiten zu rekrutieren, da die gut aussehenden leicht reiche Ehemänner finden würden.

vgl. *malaysiakini* 19.2.2002

Auch und besonders in Perak, einer der größten und ältesten Provinzen Malaysias, wird sich bemüht den Tourismus anzukurbeln. Die dortige Vorsitzende des Komitees für Kultur und Tourismus, Mazidah Zakaria, sagte, dass ein Großteil der für den Tourismussektor der Provinz bereitgestellten 6,9 Millionen Ringgit für die Schaffung neuer touristischer Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird, wobei das Hauptaugenmerk auf der Erschließung von neun Orten für den Ökotourismus liegt. Folgende Orte, ausgewählt anhand von nachgewiesenen Touristenankünften, werden davon betroffen sein:

Der Wasserfall bei Lata Kinjang, Pasir Selak, Kuala Gula und die Mangrovensümpfe in den Distrikten Larut, Matang und Selama, Gua Tempurung in Gopeng, das Waldreservat in Gerik, die Distrikte Kuala Kangsar und Taiping, Lumut sowie Pulau Pangkor. Während in Tasik Bera in Pahang,

## Ökotourismus

dem bisher einzigen 1994 ernannten Ramsargebiet Malaysias, die Kritik der dort ansässigen Semelai, einem Stamm der orang asli, immer lauter wird, soll Kuala Gula, ein Mangrovensumpfgebiet bei Bagan Serai, welches mehr als 165 Wandervogelarten als Zufluchtstätte dient, aller Voraussicht nach, als zweites Ramsargebiet ausgewiesen werden. Ramsar ist nach einer Stadt im Iran benannt, in welcher 1974 ein internationales Abkommen zum Schutz von Feuchtgebieten geschlossen wurde. Eine Ernennung zum Ramsargebiet bedeutet zwar finanzielle Förderung und organisatorische Hilfe bei der Entwicklung des Gebietes durch internationale Organisationen, ist aber auch mit Auflagen verbunden. Auf eben diese Auflagen bezieht sich die Kritik der in Tasik Bera ansässigen Semelai, die aufgrund der Ausweisung nicht mehr ihren traditionellen Lebensformen nachgehen können und in

einen Konflikt zwischen Umweltschutz und eigener Existenzsicherung geraten sind. Sie mussten vom Fischen auf den Transport von Touristen mit Booten ausweichen. Aufgrund des nur begrenzten Touristenaufkommens ist eine Versorgung über diese Einnahmen kaum zu bewerkstelligen. »Wir haben ein System, die monatlichen Einkünfte zwischen den Mitgliedern zu teilen, wenn aber die Situation so bleibt, müssen wir unsere Fiberglasboote verkaufen und uns andere Tätigkeiten suchen«, so Hashim, Vizepräsident der Vereinigung der Semelai für Bootsverkehr und Tourismus in Tasik Bera.

vgl. *Bernama* 28.1., 03.2., 12.2.02; *the star* 11., 12., 15.2.02; *New Straits Times* 11.2.02

## Internal Security Act

Die ersten Verhaftungen unter der Internal Security Act (ISA) Gesetzgebung erfolgten im April 2001. Von den damals zehn Verhafteten, Mitglieder der Oppositionspartei Keadilan, welche von Wan Azizah der Ehefrau von Anwar Ibrahim geführt wird, befinden sich noch fünf unter Arrest in Kamunting. Die deutsche Handelsunion hat die malaysische Regierung in einem Brief vom 24. Januar 2002, der dem Innenminister Abdullh Ahmad Badawi ausgehändigt wurde, aufgefordert, den Vizepräsidenten der Keadilan, Tian Chua, welcher seit April 2001 festgehalten wird, entweder sofort frei zu lassen oder ihm eine öffentliche Gerichtsverhandlung zuzukommen zu lassen.

Eine neue Festnahme unter Berufung auf ISA erfolgte am 18. Februar 2002, als ein religiöser Shiah-Prediger aus Perak im Anschluss an seine Predigt in der Silverstone Fabrik von Taiping arrestiert worden ist. Insgesamt wurden weitere sechs Shi-

ah-Anhänger unter ISA festgenommen. Sunni ist die in Malaysia am meisten verbreitete Sekte. Die Shiah-Lehren werden von muslimischer Seite als den islamischen Glaubensgrundsätzen widersprechend gewertet. Die ISA-Gesetzgebung ermöglicht es der Polizei, jeden, der in ihren Augen eine nationale Bedrohung darstellt, für einen Zeitraum von 60 Tagen zwecks Untersuchung in Einzelhaft zu nehmen. Daran anschließend kann der Minister für Inneres eine Verlängerung der Haft auf bis zu zwei Jahre fordern. Dieses Urteil ist ohne die Möglichkeit der Verteidigung vor einem ordentlichen Gericht jederzeit erneuerbar. In der Folge der Ereignisse des 11. September 2001 versucht die Regierung, diese, weder internationalen Rechtsstandards gerecht werdende noch von der malaysischen Bevölkerung getragene Gesetzgebung, zu legitimieren, indem sie auf eine präventive Wirksamkeit der ISA bei der

Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus hinweist. Am 1. Februar ist erneut ein Mann, Yazid Sufaat, mit dem Vorwurf des aktiven Mitwirkens innerhalb des al-Qaida Netzwerkes unter Berufung auf ISA ohne Gerichtsverfahren zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt worden. Seine Frau bezeichnet den Vorwurf als haltlos und ungerechtfertigt. Insgesamt sind im Dezember und Januar 23 Männer unter dem Vorwurf, im südostasiatischen Terrornetzwerk aktiv zu sein, ohne Gerichtsverfahren festgenommen worden. Amnesty International unterstreicht weiterhin seine Sorge, dass das Sicherheitsgesetz in Malaysia oft und vermehrt dazu genutzt wird, friedliche Aktivitäten, welche nicht mit politisch motivierter Gewalt in Zusammenhang stehen, aber unerwünscht sind, zu kriminalisieren.

vgl. *malaysiakini* 1.2.2002; 21.2.2002; 22.2.2002; *Amnesty International*

## Beziehungen zu Kroatien

Malaysia und Kroatien sind am 18. Februar 2002 in eine neue Phase der bilateralen Beziehungen eingetreten. Während des Besuchs des kroatischen Präsidenten Mesic wurde ein gemeinsames Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung unterzeichnet. Mesic wird auf seinem fünftägigen Besuch von einer 20 Mitglieder zählenden kroatischen Delegation begleitet. Darunter auch einige Geschäftsmänner, deren Aufgabe es ist, Kooperationspartner ausfindig zu machen. Während des Treffens zwischen Außenminister Seri Syed Hamid Albar und Mesic sind neben wirtschaftlichen Kooperationen und potentiellen Bindungen in Lehre und Bildung auch der Terrorismus, die Krise im Nahen Osten und die augenblickliche Lage auf dem Balkan diskutiert worden.

vgl. *the star* 19.2.2002

## Indonesische Arbeitskräfte

Nach einem Aufstand von 400 indonesischen Textilarbeitern gegen ungerechtfertigte Drogentests am 17. Januar 2001 und einem weiteren Aufstand von 70 mit Macheten bewaffneten Bauarbeitern in Cyberjaya drei Tage später, hat die malaysische Regierung beschlossen, indonesische Arbeiter nur noch als Plantagenarbeiter und Hausmädchen einzusetzen. Ihre Anzahl soll insgesamt reduziert und verstärkt gegen illegale Arbeiter vorgegangen werden. Alle anderen Tätigkeitsfelder sollen mit Arbeitern aus Thailand, Kambodscha, Nepal, Laos, Burma, den Philippinen und Indien besetzt werden, um weiteren sozialen Spannungen entgegen zu wirken. Bisher waren Indonesier in fast allen Bereichen der Wirtschaft tätig. Die Generalsekretär des Innenministeriums, Aseh Che Mat gab im Januar bekannt, dass von

769.566 legalen Gast- und Saisonarbeitern 566.983 indonesischer Staatsangehörigkeit sind.

Der Präsident der malaysischen Arbeitgeberorganisation (MEF), Jaafar Carrim, übt Kritik an dieser Entscheidung und bittet darum, diese noch einmal zu überdenken, da viele ausländische Investoren ihre Niederlassungen in Malaysia geschlossen und ihre Fabriken aufgrund sinkender Produktivität und einem Anstieg der Löhne nach China, Vietnam und Burma verlegt haben. Ein Mittel, dieser Entwicklung zu begegnen, seien indonesische Arbeitnehmer, da die indonesische Regierung im Gegensatz zu denen anderer Staaten wie etwa Turkmenistans, Usbekistans und Kasachstans keine Minimallöhne für ihre Arbeiter — mit Ausnahme der der Hausmädchen — einfordert, so Jaafar Carrim. Als weiteren Grund führt er an, dass indo-

nische Arbeiter, aufgrund der kulturellen und sprachlichen Gemeinsamkeiten beider Staaten, besser in die Gesellschaft integrierbar seien, als Arbeiter anderer Nationalitäten.

Weiterhin hat die malaysische Regierung am 6. Februar beschlossen, die Rekrutierung ausländischer Arbeitnehmer nur noch über bilaterale Abkommen zu ermöglichen, sodass private Agenturen bei der Vermittlung ihren Stellenwert verlieren und allen Gruppen die Möglichkeit gegeben wird, das Aufkommen von Problemen wie Betrug an ausländischen Arbeitnehmern oder uneingehaltene Versprechen bei der Vermittlung von Arbeit zu unterbinden. Diesen Wandel in der malaysischen Politik hat die nepalesische Regierung genutzt, um Malaysias Vizepräsidenten Seri Abdullah Ahmad Badawi und den Arbeitsminister Dr Fong Chan Onn, auf

# nachrichten

Nepal und das dortige Arbeitskräftepotential, ausgelöst durch eine hohe Arbeitslosenrate, aufmerksam zu machen und sie aufzufordern, ihre Priorität auf Nepal zu lenken. Etwa 300.000 Nepalesen möchten gern in Malaysia arbeiten. Fong hat dem Anliegen, ein Einwanderungsbüro in Kathmandu zu eröffnen, zugestimmt.

vgl. *The star* 12.2.2002, *The Jakarta Post* 17.2.2002, *New Straits Times* 17.2.2002, *Daily Express* 17.2.2002, *Tempo Interaktif* 16.2.2002, *Xinhuanet* 6.2.2002

## Kulturtourismus

Im Jahre 2001 hat die Tourismusindustrie Malaysias mit 12,77 Millionen Touristenankünften und Einnahmen von über 20 Milliarden Ringgit einen neuen Höhepunkt erreicht. Aufgrund der positiven Auswirkungen des Tourismus auf die Handelsbilanz werden weitere Bemühungen angestrebt, trotz der augenblicklich schlechten, auf die weltwirtschaftliche Rezession zurückzuführende Ausgangssituation, das Tourismusaufkommen zu erhöhen oder zumindest zu stabilisieren.

Dies ist auf der ASEAN+3 Konferenz in Yogyakarta deutlich geworden, wo sich am Rande des viertägigen ASEAN Tourismus Forums (ATF), welches am 28. Januar zu Ende gegangen ist, alle für Tourismus zuständigen Minister der ASEAN Staaten sowie Chinas, Japans und Südkoreas getroffen haben, um Entwicklungen und Erfahrungen in der Tourismusindustrie zu diskutieren sowie die multilaterale Kooperation innerhalb des Wirtschaftszweiges Tourismus auszubauen. Auch wurde darüber

debattiert, Aus- und Einreisebedingungen in den einzelnen Staaten zu erleichtern und möglicherweise ein einziges Visum für die Einreise in ASEAN Staaten zu entwickeln. Malaysias Minister für Kultur, Kunst und Tourismus Abdul Kadir Sheikh Fadzir sagte im Anschluss an diese Konferenz, dass diese Entwicklungen besonders hinsichtlich der Imagegewinnung des eigenen Landes in den asiatischen Nachbarländern Mut machen. Diese Strategie macht Sinn, wenn man bedenkt, dass ein Großteil der nach Malaysia Eingereisten Asiaten sind. Einer ABACUS Studie zu Folge reisen 85 Prozent der Asiaten innerhalb des eigenen Kontinents.

Auch ein von der Vorsitzenden des Komitees für Kultur, Kunst und Tourismus in Penang, Kee Phaik Cheen, getätigter Vorschlag, die Straße Jalan Masjid Kapitan Keling in Lebu Harmoni (Straße der Harmonie) umzubenennen, um die sich aus einer großen Moschee, mehreren Tempeln, einer Kirche und einem Freihafen zusammensetzende städtebauli-

che Einzigartigkeit dieser Straße hervorzuheben, und ihr dadurch möglicherweise zu einem größeren Bekanntheitsgrad zu verhelfen, spricht eine deutliche Sprache und zeigt, wie sich bemüht wird, mit allen Mitteln den Tourismus zu forcieren. Namen großer Straßen haben jedoch meist historische Bezüge, sind gewachsen und können nicht einfach umbenannt werden. Solche Tätigkeiten zwecks touristischer Attraktivitätssteigerung oder anderer kommerzieller Absichten reduzieren die historische Bedeutung von Orten, und lassen Räume zu einem selbst zusammengestellten Disney Land verkommen. Weiterhin stellen sie die Bevölkerung vor Identifikationsprobleme. Dieser Ansicht waren jedenfalls Bürgervertreter und der Präsident des Gemeinderates der Insel Penang, Mahadi Mohd Ibrahim. Kee hat sich inzwischen bei der Bevölkerung für den Vorschlag entschuldigt.

vgl. *Bernama* 28.1., 03.2., 12.2.02; *the star* 11., 12.2., 15.2.02; *New Straits Times* 11.2. 02

## Trockenheit und Brände

Große Trockenheit, Waldbrände und Luftverschmutzung prägen zur Zeit das Leben in Malaysia. Etwa 14.800 Hektar Wald sind im Januar und Februar 2002 Bränden zum Opfer gefallen, und in einigen Gebieten geht das Trinkwasser aus. Gerade und besonders die Gebiete um Kuala Lumpur sind von Bränden heimgesucht worden. Diese Brände wirken sich auf die Luftverschmutzung verstärkend aus, sodass in den letzten Wochen die Luftverschmutzung ein gesundheitsgefährdendes Ausmaß angenommen hat. Es wird erwartet, dass die extreme Trockenheit bis Ende März anhält und dass in einigen Gebieten Wasser rationiert werden muss. Um diesen Bränden entgegen zu wirken, kann das legen oder entfachen offenen Feuers mit 500.000 Ringgit, das entspricht 131.000 US-Dollar, oder fünf Jahren Haft bestraft werden.

vgl. *malaysiakini* 19.2.2002, *Xinhuanet* 16.2.2002